CDU
FRAKTION
THÜRINGEN

Verantwortung für Thüringen: Handlungsfähigkeit für Land und Kommunen

Für einen verlässlichen Übergangshaushalt 2024

Seit nunmehr fast zehn Jahren lebt die Ramelow-Regierung über ihre finanziellen Verhältnisse und gibt mehr Geld aus, als sie einnimmt. Und das trotz Steuereinnahmen auf Rekordniveau. Zur Bedienung rot-rot-grüner Spielwiesen wurde das Ausgabevolumen immer weiter gesteigert. Gleichzeitig hat es die Ramelow-Regierung versäumt, die drängendsten Herausforderungen des Landes anzugehen. Es fehlt an Ideen, Kraft und Mut. **Zukunft wird nicht gestaltet, sondern Stillstand verwaltet.** Statt pragmatischer Lösungen für reale Probleme der Thüringer, konzentriert sich diese Landesregierung auf ihre ideologische Agenda der Zentralisierung, die Alimentierung linker Vorfeldorganisationen und die Bevormundung der Menschen bei Nischenthemen.

Die Menschen in Thüringen haben Besseres verdient! Von einer Regierung erwarten die Menschen, dass sie die großen Herausforderungen bei Energie, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Pflege, Sicherheit und Migration anpackt. Die Bürger erwarten eine Politik, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Eine solche Politik kann nicht von den Rändern kommen. Eine Politik der Extreme wird immer die eigene ideologische Agenda über die Interessen der Mehrheit der normalen Menschen stellen. Bürgernahe Politik kann nur aus der Mitte heraus organisiert werden. Das ist unser Anspruch und unser Angebot: Politik aus der Mitte für alle Thüringerinnen und Thüringer. **Hierfür braucht es einen Politikwechsel in Thüringen.** Das ist unser Ziel im Wahljahr 2024.

Auch im Wahljahr braucht es Handlungsfähigkeit bei Land und Kommunen und Verlässlichkeit für Bürgerinnen und Bürgern. Als konstruktive Opposition stellen wir uns dieser Verantwortung und fordern möglichst frühzeitig Klarheit über den Landeshaushalt 2024. Dabei ist für uns klar: **Der Haushalt 2024 muss ein Übergangshaushalt sein.** Er soll unser Land für die dringenden Aufgaben handlungsfähig halten, aber die Spielräume kommender Regierungen nicht durch zahlreiche Festlegungen einschränken. Jeden Versuch weitere rot-rot-grüne Wunschträume in letzter Minute zu bedienen und für die kommenden Jahre festzuschreiben, wird die CDU-Fraktion nicht unterstützen. Hierfür fehlt es der rot-rot-grünen Regierung an der erforderlichen Mehrheit und der notwendigen Legitimation. **Einen Wahlkampfhaushalt von Rot-Rot-Grün lehnen wir ab.** Ebenso wenig stehen wir für eine haushaltspolitische Hängepartie zur Verfügung.

Klarheit fordern wir deshalb auch in zeitlicher Hinsicht. Das gilt sowohl für 2024 als auch für 2025. Der Termin für die kommende Landtagswahl darf nicht zum politischen Spielball werden, sondern muss innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen Zeitrahmens bleiben. Gleichzeitig braucht eine neue Regierung ausreichend Zeit, um im Anschluss an eine möglicherweise schwierige Regierungsbildung einen echten Zukunftshaushalt auf den Weg zu bringen. Nur bei einem frühen Wahltermin kann es gelingen, die Weichen schon für 2025 richtig zu stellen. Deshalb fordern wir bereits jetzt eine **Festlegung des Landtagswahltermins auf den frühestmöglichen Zeitpunkt, den 1. September 2024.** Gleichzeitig sprechen wir uns für einen **Kommunalwahltermin am 9. Juni 2024** gemeinsam mit der Europawahl aus. Das spart Kosten und Ressourcen und fördert eine möglichst hohe Wahlbeteiligung.

Aus der Verantwortung für unser Land, für die Bürger und Kommunen, den Mittelstand, das Handwerk und soziale Einrichtungen formulieren wir bereits vor der Einbringung ins Parlament unsere **Bedingungen für einen Übergangshaushalt 2024.** Die CDU fordert die Landesregierung auf, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, bei dem das finanzpolitische Grundgerüst stimmt, der klare Prioritäten setzt und Investitionen auf Zukunftsthemen ausrichtet.

Das Grundgerüst des Haushalts muss stimmen

Die Ramelow-Regierung hat sich wiederholt als nicht Willens und in der Lage erwiesen, eine verantwortungsvolle, bedarfsorientierte und realistische Haushaltspolitik für Thüringen zu machen. Mit zu viel Personal und Ausgaben für die Administration von unnötigen bürokratischen Prozessen, die Kontrolle und Gängelung von Wirtschaft und Bürgern und die Bedienung linker Interessengruppen wurden die Zukunftschancen des Landes verschleudert. Viel zu viel Geld fließt in den Staatskonsum statt in Investitionen.

Der Übergangshaushalt 2024 muss der erste Schritt in Richtung eines **zukunftsgerichteten, nachhaltigen und generationengerechten Haushalts** sein. Statt der "Weiter-So" Politik der Ramelow-Regierung fordern wir, dass der Haushalt unnötigen Ballast abwirft und sich stattdessen konsequent auf die Herausforderungen konzentriert. Das heißt für uns: **vorausschauende Finanzplanung, Verzicht auf unnötige Aufgaben, Konzentration auf Zukunftsinvestitionen, eine realistische Personalplanung, der Abbau überflüssiger Stellen sowie die Beachtung der Grundsätze von Eignung, Leistung und Befähigung.**

Für uns ist ein Landeshaushalt, der Zuführungen aus der Rücklage benötigt, nicht besser als einer, der eine Kreditaufnahme enthält. Rot-Rot-Grün hat von der CDU geführten Landesregierung einen **ausgeglichenen Haushalt** übernommen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass am Ende der rot-rot-grünen Episode wieder ein Haushalt steht, der ohne neue Schulden auskommt und in dem die Ausgaben des laufenden Jahres die Einnahmen nicht übersteigen.

Die CDU-Fraktion steht für **solide Finanzen** und eine **vorausschauende Planung** für den Haushalt 2024. Das bedeutet für uns:

- keine Neuverschuldung durch Kreditaufnahmen,
- die Ausgaben des Haushaltes 2024 orientieren sich an den Einnahmen und den Ist- Ausgaben des Jahres 2022,
- eine Mindestrücklage in Höhe von 1 Milliarde Euro als Risiko- und Zukunftsreserve,

- Tilgung der Corona-Kredite sowie die Tilgungsleistung im Rahmen des Nachhaltigkeitsmodells in voller Höhe,

- Zuführung von Überschüssen 2023 sowie Minderausgaben und Mehreinahmen in 2024 in die Rücklage.

Landeshaushalt mit klaren Prioritäten

Für eine starke Heimat: Faire Finanzausstattung unserer Städte und Gemeinden

Unsere Thüringer Dörfer und kleine Städte dürfen nicht länger abgehängt werden. Für uns steht fest: Zukunft wird vor Ort gemacht! In unseren Kommunen erleben die Menschen den Staat unmittelbar. Deshalb stehen wir für eine faire Finanzausstattung unserer Städte und Gemeinden. Doch bei den Kommunalfinanzen herrscht seit längerem eine Schieflage zwischen dem Land und den Thüringer Kommunen. Trotz steigender Landessteuereinnahmen sind die Thüringer Kommunen strukturell unterfinanziert. Hinzu kommen unabweisbare Kostensteigerungen bei Personal, Betriebskosten, aufgrund von Inflation oder auch Kosten, die mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen im Zusammenhang stehen.

Wir fordern einen angemessenen und verlässlichen Finanzausgleich. Bereits im Jahr 2020 hat der Landtag eine grundlegende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs gefordert. Diese Forderung wurde von der Landesregierung bislang weitgehend ignoriert. Damit unsere Kommunen wieder Luft zum Atmen bekommen, müssen sie in die Lage versetzt werden, dringend notwendige Investitionen umzusetzen. Es braucht eine faire Verteilung, die nicht länger zu Lasten der kleinen Gemeinden geht. Deshalb fordern wir für den kommenden Haushalt **mindestens 300 Millionen Euro** mehr an Schlüsselzuweisungen und keine weiteren rot-rot-grünen Taschenspielertricks. Zusätzlich sollen jede Gemeinde und jede Stadt für die ersten **250 Einwohner je 500 Euro** erhalten. Dafür muss das **Kleine-Gemeinden-Programm** im Haushalt 2024 auf **75 Millionen Euro** aufgestockt werden. Gerade in kleinen Gemeinden können damit jene Projekte umgesetzt werden, die die Menschen in ihrer Heimat bewegen und den Zusammenhalt stärken. Bis zur Umsetzung einer grundlegenden Reform des Kommunalen Finanzausgleichs fordern wir eine gesetzlich verankerte **Garantie**, diese Zahlungen auch für **kommende Haushaltsjahre** mindestens in dieser Höhe fortzusetzen.

Wir fordern die vollständige Kostenerstattung für die Kommunen. Die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und vor allem die Integration sind eine Daueraufgabe, die die Kommunen in Thüringen an ihre finanziellen Grenzen bringt. Die von der Bundesregierung zugesagten zusätzlichen Gelder zur **Erstattung der Flüchtlingskosten** müssen vollständig an die Thüringer Kommunen wei-

tergeleitet werden. Zudem müssen die Mehrkosten im Bereich Wohnraum und Versorgung erstattet werden. Grundsätzlich muss Thüringen mehr tun, um Migration zu steuern und zu begrenzen. Von Rot-Rot-Grün aufgelegte Landesaufnahmeprogramme setzen Fehlanreize. Dieser Thüringer Sonderweg muss beendet werden.

Wir fordern mehr Spielräume für Investitionen vor Ort. Nach dem Ergebnis des Kommunalmonitors 2022 ergibt sich für die Thüringer Kommunen in den nächsten drei Jahren ein Gesamtinvestitionsbedarf von rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Um den Thüringer Kommunen beim Abbau dieses enormen Investitionsstaus zu helfen, fordern wir mit dem Haushalt 2024 die Auflage eines **Kommunalen Investitionsfonds zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur** in Thüringen. Der Fonds soll den Kommunen zinsvergünstigte Darlehen und Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stellen und ein Startkapital von 100 Millionen Euro haben.

Für weitere Absicherung in schweren Zeiten: Krisenfonds muss bestehen bleiben

Als zentrales Element zur Unterstützung und Absicherung in der Energiepreiskrise hat der Thüringer Landtag auf Druck der CDU-Fraktion, den Krisenfonds um 400 Millionen Euro aufgestockt. Nicht ohne Grund haben wir die **Laufzeit bis zum Jahr 2025** verlängert. Noch ist nicht absehbar, wohin die weiteren Entwicklungen auf den Energiemärkten, gerade im Winter 2023/2024, gehen. Deshalb lehnen wir weitere durch die Ramelow-Regierung geplante Umschichtungen dieser Notreserve für andere Zwecke ab. **Die Mittel müssen zur Krisenabsicherung bestehen bleiben!**

Für Kontinuität bei zentralen Projekten: Verstetigung von CDU-Initiativen

Als konstruktive Opposition haben wir in den vergangenen Jahren umfangreiche Nachbesserungen am Haushalt erreicht und wichtige Projekte durchgesetzt. Hier erwarten wir, dass sich diese Projekte bereits im Haushaltsentwurf 2024 wiederfinden. Dazu zählen u. a. folgende Initiativen:

Wir helfen denen, die anderen helfen. Die Initiativen im Bereich Feuerwehr- und Katastrophenschutz müssen auch 2024 fortgesetzt werden. Dazu gehören die **Feuerwehrpauschale** (300 Euro für jedes aktive Mitglied), die Erhöhung der Mittel für **Feuerwehrausstattung** (Ausrüstung, Feuerwehrfahrzeuge, Feuerwehrhäuser) und die **Investitionsmittel für den Katastrophenschutz.** Einen besonderen Fokus legen wir auf die Erweiterung der Lehrgangskapazitäten und das Lehrgangsangebot an der **Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule.**

Unsere Sicherheitskräfte brauchen Schutz, politische Rückendeckung und einen starken Rechtsstaat. Unsere Feuerwehren, Polizei und Rettungskräfte sind zunehmend massiven Angriffen und roher Gewalt ausgesetzt. Wir wollen unsere Sicherheitskräfte bestmöglich schützen, geltendes Recht konsequent durchzusetzen und Täter zur Verantwortung zu ziehen. Hierzu gehört

auch, dass unseren Einsatzkräften der Schutz durch Bodycams nicht länger durch die Landesregierung verweigert werden darf. Zusätzlich fordern wir den Ausbau stationärer **Videotechnik an besonders gefährlichen Orten,** spürbare Fortschritte bei der **Digitalisierung der Polizei** und die technische und personelle **Stärkung des Thüringer Verfassungsschutzes.** Zudem muss die **Landeseinsatzzentrale** der Thüringer Polizei zukunftsfest aufgestellt werden, um künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Keine Verzögerungen auf dem Weg zu einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung. Die von der CDU für 2023 durchgesetzten Projekte müssen in 2024 endlich umgesetzt werden. Dazu gehören die Weiterentwicklung des Programms SolarInvest zum **„Selbstversorgerbonus“**, die Umsetzung des Projekts **„Thüringer Energieautobahnen“** und die Förderung **von Energiekonzepten in Gewerbegebieten.** Auch der Wald als wichtigster Thüringer Klimaschützer soll mit Zuweisungen im Rahmen des **Aktionsplans Wald** weiter unterstützt werden.

Thüringen darf bei der Digitalisierung nicht noch weiter zurückfallen. Das betrifft besonders die Infrastruktur, denn beim Anschluss von Schulen, Gewerbegebieten und Wohngebieten gerade im ländlichen Raum hinkt Thüringen im deutschlandweiten Vergleich weit hinterher. Gleichzeitig schreitet der technische Fortschritt immer weiter voran und eröffnet neue Möglichkeiten. Deshalb müssen die zur Verfügung gestellten erhöhten Mittel für **Digitalisierung** in den Bereichen **Wirtschaft, Gewerbegebiete, Schule** und **Verwaltung** beibehalten und umgesetzt werden. Auch bei der grundlegenden Reform des Vergabegesetzes sollte, neben Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung, konsequent auf digitale Abläufe gesetzt werden.

Das Ehrenamt ist der Kitt, der die Gemeinschaft vor Ort zusammenhält. Entscheidenden Anteil hieran haben die über 19.000 Thüringer Vereine mit ihren über 750.000 ehrenamtlich Aktiven. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen und fördern. Deshalb muss die finanzielle Unterstützung der Ehrenamtsstiftung mindestens auf dem Vorjahresniveau erhalten bleiben. Auch im Bereich der Sportinfrastruktur muss der Mehrbedarf an Investitionsmitteln bei den kommunalen und vereinseigenen Sportstätten abgedeckt und die durch uns erreichte Erhöhung der Mittel in den letzten beiden Jahren für 2024 weiter ausgebaut werden.

Investitionen auf Zukunftsthemen ausrichten

Der Übergangshaushalt 2024 darf keinen Stillstand für Thüringen bedeuten. Aus Verantwortung für unser Land und nachfolgende Generationen dürfen dringend notwendige Investitionen nicht länger verzögert werden. Für uns gilt: **Investieren in die Zukunft!** Das muss der Haushalt für das Jahr 2024 leisten und dabei Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen geben. Wie schützen wir

unsere Kinder vor dem weiteren Verlust an Bildungsqualität? Wie begegnen wir dem Substanzverzehr bei unserer Infrastruktur? Wie lässt sich die Energiewende und der Transformationsprozess klug gestalten? Wie gewinnen und halten wir Fachkräfte für die Thüringer Wirtschaft? Wie verhindern wir den Kollaps unseres Gesundheits- und Pflegesystems?

Für eine Bildungspolitik die Zukunft schafft: Vorrang für Qualität

In keinem anderen Bundesland haben die Schülerinnen und Schüler so lange unter den Maßnahmen der Corona-Pandemie gelitten. Die Landesregierung hat es versäumt, das vom Bund initiierte Corona-Aufholprogramm zielorientiert und bedarfsgerecht umzusetzen. Nahezu 40 Millionen Euro wurden bis zum Auslaufen des Bundesprogrammes im Sommer 2023 nicht genutzt. Vielfach bestehen Lernlücken und soziale Herausforderungen fort. Die bisher nicht verwendeten Landesmittel von bis zu **20 Millionen Euro** sind für ein eigenes **Landesprogramm Aufholen nach Corona** bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025 für ergänzende individuelle Fördermaßnahmen und Ganztagsangebote zu verwenden.

Um das Ganztagsangebot an unseren Schulen langfristig zu stärken, fordern wir die **Abschaffung der Hortgebühren.** Damit unterstützen wir Familien bei der Ganztagesbetreuung und entlasten gleichzeitig die Kommunen von zusätzlichen Verwaltungsaufgaben bei den Hortgebühren. Gleichzeitig hilft dies, den Lernlücken im Lesen, Schreiben und Rechnen zu begegnen. Hierfür sind ab 2024 jährlich **16 Millionen Euro** einzustellen.

Bei der frühkindlichen Bildung muss der Fokus klar auf dem Ausbau der Qualität liegen. Für uns steht die Gewinnung von Fachkräften und damit die **Verbesserung** der **Betreuungsqualität unserer Kinder** an erster Stelle. Hierzu gehören auch die Ausweitung der praxisorientierten Ausbildung und die Flexibilisierungen beim Personaleinsatz. Erst wenn die Betreuungsqualität stimmt, kann in einem weiteren Schritt die Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres erfolgen.

Für den Zukunftsstandort Thüringen: Investitionen in Infrastruktur vor Ort

Der bauliche Zustand vieler Schulen und Kindergärten kann aktuell keinen Thüringer zufrieden stellen. Mit einer **Bildungsbauoffensive (BilBaO)** wollen wir den anhaltenden Sanierungstau an unseren Bildungseinrichtungen bis 2030 sukzessive abbauen. Ziel ist es, attraktive Lernbedingungen in allen Thüringer Schulen zu schaffen, die neben der technischen und funktionellen Ausstattung auch das Lernen in Präsenz-, Digital- und Hybridunterricht ermöglicht. Die Landesregierung muss hierfür bereits im Jahr 2024 die konkreten Bedarfe ermitteln, Prioritäten festlegen und Investitionspläne vorlegen.

Thüringen ist ein Bau- und Wohneigentumsland. Jede Thüringer Familie, die sich Wohneigentum

schaffen möchte, muss die Chance dazu bekommen. Die steigenden Bau- und Finanzierungskosten, sowie der hohe Eigenkapitalbedarf erschweren dies. Um den Traum vom Eigenheim zu finanziell abzusichern, fordern wir die **Neuauflage und Ausweitung des Thüringer Familienbaudarlehens** ab dem Jahr 2024. Uns ist wichtig, dass über diese Förderung auch Anschlussfinanzierungen abgedeckt sind. Auch die hohen Erwerbsnebenkosten stellen eine große Belastung für die Wohneigentumsbildung dar. Deshalb fordern wir neben einer allgemeinen Senkung der **Grunderwerbsteuer von 6,5 Prozent auf 5,0 Prozent** die Einführung einer Grunderwerbsprämie für Familien. Mit dieser Prämie sollen Familien beim Bau oder Ersterwerb von Wohneigentum eine Förderung in Höhe ihrer gezahlten Grunderwerbsteuer erhalten.

Vielerorts lassen die kommunalen Haushalte kaum Spielraum für freiwillige Leistungen oder Investitionen, die über das notwendige Maß und Instandhaltungsmaßnahmen hinausgehen. Wir wollen, dass jeder Stadt und Gemeinde **für jedes Kind** eine **Spielplatzpauschale** in Höhe von **100 Euro** ausbezahlt wird, mit der Spielplätze oder Sportanlagen neu eingerichtet oder modernisiert werden können.

Alle Teile Thüringens müssen attraktiv sein und eine gleichwertig hohe Lebensqualität bieten. Deshalb setzen wir uns für eine Neuauflage unseres Dorfläden-Programms (24 h-Konzept) ein. So wird moderne Daseinsvorsorge vor Ort gesichert. Der ländliche Raum muss aber vor allem als Arbeitsort attraktiv sein. Neben Breitbandversorgung und staatlichen Ansiedlungsentscheidungen gehört die Steigerung der Attraktivität für Gewerbeansiedlung dazu. Die zentralen Orte im ländlichen Raum müssen in der Lage sein, neue Flächen auszuweisen und zu erschließen. Als Einstieg zur **Förderung von Gewerbegebieten in Grund- und Mittelzentren** sollen dazu zukünftig **100 Millionen Euro** bereitgestellt werden, um landesseitig 90 Prozent der Kosten für die Erschließung bei Neueinrichtung oder Erweiterung von Gewerbegebieten oder die Erneuerung der Erschließungsinfrastruktur für Grundzentren zu übernehmen. Die Landesregierung wird aufgefordert bereits im Jahr 2024 die Richtlinien für den Start eines entsprechenden Förderprogramms auf den Weg zu bringen.

Thüringer Unternehmen müssen und wollen investieren. Anders als ThüringenInvest fördert das aktuelle Programm **InnoInvest** nur noch unter sehr eng gefassten Kriterien. Dabei ist es wichtig, dass sich Unternehmen weiter modernisieren, um aus dem Krisenmodus hinauszugelangen. InnoInvest muss unter der Maßgabe umgestaltet werden, Zuschüsse für kleine Investitionen unterschwellig und mit möglichst wenig Auflagen zu gewähren. Für den dadurch steigenden Bedarf, **müssen zusätzliche 50 Millionen Euro in den Haushalt 2024 eingestellt werden.**

Auch im Bereich Abwasserbeseitigung besteht nach wie vor ein enormer Investitionsstau. Die Zweckverbände haben im Jahr 2022 ihre **Abwasserbeseitigungskonzepte** überarbeitet. Hier wurde ein **Investitionsbedarf** von 100 Millionen Euro pro Jahr festgestellt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, weitere Mittel bereitzustellen, um das Ziel der Erhöhung des Anschlussgrades auf 90 bzw.

96 Prozent zu erreichen. Für das Haushaltsjahr 2024 müssen herfür mindestens 40 Millionen Euro eingestellt werden.

Für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung: Pflege und Gesundheit als zentrale Zukunftsaufgabe begreifen

Alle Thüringer müssen sich auf eine gute Pflege und ärztliche Versorgung in ganz Thüringen verlassen können.

Die 45 Thüringer Krankenhäuser, an 58 Standorten, benötigen jährlich 200 Millionen Euro für Investitionen in Gebäude und Geräte. Auf Druck der CDU-Fraktion ist es gelungen, die Landesregierung zu einer Krankenhausplanung zu verpflichten, die die personellen Kapazitäten bis ins Jahr 2030 und darüber hinaus in den Blick nimmt und grundlegende Strukturveränderungen vornimmt. Doch durch das weiterhin zögerliche Handeln des Gesundheitsministeriums verschiebt sich das Inkrafttreten des Landeskrankenhausplans erneut um ein weiteres Jahr. Ohne grundsätzliche Änderungen in der Krankenhaus-planung sind es vor allem die **kleinen Krankenhäuser im ländlichen Raum,** die den Wettbewerb um Fachkräfte gegen Krankenhäuser in den größeren Städten entlang der A4 verlieren. Die notwendigen Investitionen erfordern einen enormen Kraftakt, der nicht von den Krankenhäusern selbst geschultert werden kann. Deshalb soll bereits im Haushaltsjahr 2024 ein **Investitionsfonds** aufgelegt und zukünftig **jährlich mit 60 Millionen Euro** befüllt werden. Dies soll den Häusern Planungssicherheit geben und ab 2025 Investitionen in die Modernisierung und den Strukturwandel der Krankenhaus-landschaft in Thüringen ermöglichen.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land bemisst sich auch in der Erreichbarkeit gesundheitlicher Hilfe und der Versorgung durch **Hausärzte, Zahnärzte und Apotheker.** In vielen Teilen Thüringens besteht schon heute ein Mangel, der sich weiter verschärfen wird. Deshalb fordern wir die vom Landtag beschlossene Erhöhung der **Ausbildungskapazitäten für diese Berufe** zügig umzusetzen und auch darüber hinaus weiter zu erhöhen. Für die ebenfalls dringend notwendige Anwerbung externer Fachkräfte wird es darauf ankommen, die **Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse** insbesondere im Medizinbereich zu standardisieren und deutlich zu **beschleunigen.**

Weiter müssen **Anreize für Absolventen** Mediziner geschaffen werden, nach ihrem Studium langfristig in Thüringen, möglichst **auf dem Land, zu arbeiten.** Neben der durch die Landesregierung umzusetzenden **Landarzt-, Landapotheker und Landzahnarztquote** fordern wir, die Investitionen in und durch die **Stiftung ambulante Versorgung Thüringen** zu erhöhen und im Rahmen von Stiftungspraxen und -apotheken junge Absolventen in einem sicheren Umfeld über bürokratische Hürden der Selbstständigkeit hinweg führen.

Die steigenden Beiträge für Pflegebedürftige bringen viele Familien an die Belastungsgrenze. Das Land hat mit dem Investitionsanteil ein Mittel in der Hand, um die **Kosten der Pflege** um bis zu 17 Prozent zu **reduzieren**. Daher wollen wir die energetische Sanierung in Pflegeheimen mit einem Landesförderprogramm unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll zukünftig ein entsprechendes Landesprogramm mit einem Volumen von 40 Millionen Euro ausgestattet werden.

Wer sich dazu entschieden hat, einen nahestehenden Menschen zu Hause zu pflegen übernimmt eine wertvolle und wichtige Aufgabe und verdient Unterstützung. Wir wollen unsere **pflegenden Angehörigen in Thüringen** beispielsweise in Form von **Pflegestützpunkten unterstützen**. Ziel ist es, in den Landkreisen eine niedrigschwellige und direkte Fallberatung für Betroffene zu ermöglichen. Dafür sollen im Haushalt 2024 zusätzliche Mittel in Höhe von **1,5 Millionen Euro** bereitgestellt werden.